

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 128. Sitzung

Berlin, Freitag, den 23. September 2011

#### Tagesordnungspunkt 30:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt** (Drucksachen 17/6277, 17/6853, 17/7065).  
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/7068)
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales – zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Mast, Gabriele Lösekrug-Möller, Anette Kramme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen**  
– zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Agnes Alpers, Jutta Krellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren.**  
– zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Markus Kurth, Katrin Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Arbeitsmarktpolitik – In Beschäftigung und Perspektiven investieren statt Chancen kürzen** (Drucksachen 17/6454, 17/5526, 17/6319, 17/7065)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin BMAS

Hubertus Heil (Peine) (SPD)

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP)

Sabine Zimmermann (DIE LINKE)

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Karl Schiewerling (CDU/CSU)

Katja Mast (SPD)

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD)

Pascal Kober (FDP)

Hubertus Heil (Peine) (SPD)

Max Straubinger (CDU/CSU)

Angelika Krüger-Leißner (SPD)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU)

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 30 a und b auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines

**Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt**

– Drucksachen 17/6277, 17/6853 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

– Drucksache 17/7065 –

Berichterstattung:

Abg. Katja Mast

– Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/7068 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

Bettina Hagedorn

Dr. Claudia Winterstein

Roland Claus

Priska Hinz (Herborn)

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Mast, Gabriele Lösekrug-Möller, Anette Kramme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD.

**Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen.**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Agnes Alpers, Jutta Krellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren.**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Markus Kurth, Katrin Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Arbeitsmarktpolitik – In Beschäftigung und Perspektiven investieren statt Chancen kürzen.**

– Drucksachen 17/6454, 17/5526, 17/6319, 17/7065 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Katja Mast

Die Aussprache soll nach einer interfraktionellen Vereinbarung eine Stunde dauern. – Das ist offenkundig nicht umstritten, sodass wir so verfahren können.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Vielen Dank, Herr Präsident.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Vielleicht, Frau Ministerin, warten wir noch ein paar Sekunden, um den Schichtwechsel ordnungsgemäß abzuwickeln. – Bitte schön.

**Dr. Ursula von der Leyen**, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesetz, das wir heute abschließend beraten, behandelt die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen mit der Neuordnung der Instrumente vor allen Dingen die Zahl der Instrumente reduzieren; denn wir wissen, dass Vermittlerinnen und Vermittler vor Ort aus dem Instrumentenkasten ein bestimmtes Reservoir kennen und das dann auch anwenden. Masse ist hier nicht gefragt – sie verwirrt nur –, sondern Zielgenauigkeit. Wir wollen deshalb auch mehr Flexibilität für die Vermittlerinnen und Vermittler vor Ort ermöglichen. Schließlich haben wir die Akzente verschoben. Über all das wollen wir heute debattieren.

Das Gesetz kommt zur rechten Zeit; denn die Nachfrage nach Arbeit ist so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Das zeigt sich auch an allen Daten: Wir haben eine Rekordbeschäftigung, die höchste seit der Wiedervereinigung; es gibt 1 Million offene Stellen; die Arbeitslosigkeit ist unter 3 Millionen gesunken; und es gelingt uns inzwischen, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit langsam, aber sicher abzubauen. Das war viele, viele Jahre nicht der Fall. Allein in den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen von 1,7 Millionen fast auf die Hälfte gesunken, nämlich auf 880 000. Das ist erfreulich für die Menschen; das ist erfreulich für den Arbeitsmarkt.

Es ist ein Zeichen der guten Bilanz der Bundesregierung unter Angela Merkel.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Diese gute Zeit am Arbeitsmarkt wollen wir nutzen und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente neu ausrichten.

Wir rechnen weiterhin mit einer stabilen Wirtschaft und einem robusten Arbeitsmarkt, auch wenn wir wissen, dass es internationale Risiken gibt. Trotzdem: Der Arbeitsmarkt ist robust.

Wir müssen umstellen von dem Szenario der Massenarbeitslosigkeit, das wir lange hatten, auf das Szenario „Wir suchen Fachkräfte“. Dazu müssen die Menschen passgenau qualifiziert werden. Das heißt, wir müssen auch die alten Förderrezepte, die in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit funktioniert haben, sorgfältig überprüfen.

Das haben wir getan. Wir räumen gewissermaßen den Instrumentenkasten mit diesem Gesetz auf.

Wir wollen eine einfache Handhabung, wir wollen passgenaue und individuelle Hilfen. Deshalb möchte ich zwei Punkte aufgreifen, die oft in der Kritik sind, die aber auch zeigen, wo die neuen Akzente liegen. Wir gehen weg von der globalen Betrachtung der Arbeitslosen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen, und sagen nicht mehr: „Alle Instrumente müssen für alle passen“ – also nach dem Motto: „One fits all“, Instrumente von der Stange –, sondern wir wollen Instrumente, die personenzentriert, individuell und passgenau sind.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Nehmen wir zum Beispiel die Gruppe der Alleinerziehenden.

Langzeitarbeitslose Alleinerziehende waren über Jahre ein Block, in dem sich kaum etwas bewegt hat, weil die Grundhaltung in etwa lautete: Sie hat ein Kind; es lohnt sich sowieso nicht. – Wir haben im letzten Jahr eine Umstellung vorgenommen und gesagt: Das Motto muss lauten: Weil sie ein Kind hat, müssen wir dafür sorgen, dass Kinderbetreuung gewährleistet ist, dass es familienfreundliche Arbeitsplätze gibt, dass Netzwerke gebildet werden. – Wir stellen jetzt unter dem Strich fest: Die Langzeitarbeitslosigkeit der Alleinerziehenden sinkt schneller als die Langzeitarbeitslosigkeit insgesamt. Dies zeigt: Die passgenaue Ausrichtung unserer Instrumente ist in dieser Zeit der richtige Weg.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Immer wieder wird die Summe, die für die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt wird, kritisiert. Die sinkende Arbeitslosigkeit bringt mit sich, dass wir nicht mehr ein und dieselbe starre Summe ausgeben müssen. Dennoch steht im Rahmen der Grundsicherung in 2012 knapp 1 Milliarde Euro mehr für Eingliederung und Verwaltung zur Verfügung, als es im Jahr 2007 der Fall war. Alle wissen: Dazwischen gab es eine Krise und ein Konjunkturpaket gegen Arbeitslosigkeit.

Der Vergleich zeigt: Heute steht 1 Milliarde Euro mehr zur Verfügung. Damals gab es aber 660 000 Langzeitarbeitslose mehr als heute. Das heißt, wir stellen mehr Mittel zur Verfügung, obwohl es weniger Arbeitslose gibt und der Arbeitsmarkt deutlich aufnahmefähiger ist.

Es geht also nicht nur um die Masse der Instrumente. Es geht vor allen Dingen um Zielgenauigkeit und Präzision.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung zu?

**Dr. Ursula von der Leyen,** Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Nein. Wir sind am Anfang der Debatte. Im Laufe der Diskussion können alle Argumente ausgetauscht werden.

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende verändern wir etwas, gerade mit Blick auf die öffentlich geförderte Beschäftigung. Wir gehen weg von der Dauerförderung künstlich geschaffener Arbeitsplätze. Sie waren in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit richtig. Sie sind für Menschen, die überhaupt keine Chance am Arbeitsmarkt haben, auch heute noch richtig. Aber in einer Zeit, in der auf dem ersten Arbeitsmarkt händierend Arbeitskräfte gesucht werden, dürfen sie nicht weiterhin das dominierende Instrument sein.

Die Untersuchungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass zu häufig die Falschen künstlich geförderte Arbeitsplätze hatten und Menschen dadurch sogar Chancen, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren, verpasst haben. Deshalb verfahren wir nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip. Wir sagen zum Beispiel: Es muss genau begründet werden, warum jemand einen 1-Euro-Job braucht. Dann kann er auch zur Verfügung gestellt werden. Dies darf aber nicht mehr mit der bisherigen Pauschalität und in der bisherigen Größenordnung geschehen.

Ich glaube, das ist eine richtige Umstellung.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Wir müssen weg von der künstlich geförderten Beschäftigung und viel stärker auf Weiterbildung und Qualifizierung setzen, damit die Menschen aufgrund ihrer Qualifikation Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt finden.

Deshalb investieren wir bei weniger als 3 Millionen Arbeitslosen 3 Milliarden Euro in Weiterbildung und, insbesondere mit Blick auf Jugendliche, 3,2 Milliarden Euro in den Bereich des Übergangs von Schule, Ausbildung und Beruf. Dadurch helfen wir passgenau den jungen Menschen, die, obwohl es derzeit viele offene Lehrstellen gibt, noch nicht die richtige Lehrstelle gefunden haben. 500 000 jungen Menschen greifen wir damit unter die Arme.

Ich glaube, wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der zur rechten Zeit kommt, die richtigen Akzente setzt und die richtige Politik unterstreicht.

Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Hubertus Heil ist der nächsten Redner für die SPD-Fraktion.

*(Beifall bei der SPD)*

**Hubertus Heil (Peine) (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Ministerin, was wir gerade erlebt haben, war der Versuch einer doppelten Täuschung der deutschen Öffentlichkeit. Ich will Ihnen sagen, warum. Das, was Sie uns eben geboten haben, war der Versuch, für eine Kürzungspolitik, die Sie mit dem schön klingenden Begriff „Instrumentenreform“ verschleiern, eine Sprache zu finden. Aber die Wahrheit ist: Es geht Ihnen nicht um zielgenaue arbeitsmarktpolitische Instrumente, sondern um die Anpassung der Instrumente an Ihre Kürzungsbeschlüsse aus dem letzten Jahr. Das war der erste Versuch der Täuschung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Iris Gleicke [SPD]: So ist das leider! Leider wahr!)

Frau Ministerin, weil Sie, wie so oft, so mit Zahlen hantiert haben, wie es Ihnen gerade in den Kram passt – ich frage mich übrigens, warum Sie nicht 2008 als Referenzjahr genannt haben; denn 2008 war das Jahr vor der Krise, nicht 2007 –, will ich Ihnen und der deutschen Öffentlichkeit sagen, was in den Jahren bis 2015 geschehen wird – die Kürzungspolitik zulasten langzeitarbeitsloser und arbeitsloser Menschen, die Sie in den nächsten Jahren fortsetzen, kann man nämlich, wenn man die Zahlenwerke insgesamt betrachtet, eindrucksvoll belegen –: Sie kürzen erstens im Bereich des SGB II, also zulasten von langzeitarbeitslosen Menschen, bis 2015, also innerhalb von vier Jahren, allein 8 Milliarden Euro bei der Eingliederung. Sie kürzen zweitens durch die sogenannte Instrumentenreform zusätzlich 7,5 Milliarden

Euro. Das macht zusammen „round about“ 15 Milliarden Euro zulasten von Langzeitarbeitslosen.

Zusätzlich haben Sie schon Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung auf den Weg gebracht, nämlich 13 Milliarden Euro bis 2015 weniger durch das sogenannte Sparpaket und des Weiteren 12,15 Milliarden Euro durch den Entzug eines halben Mehrwertsteuerepunktes.

Frau Ministerin, Sie können sich nicht hier hinstellen und sagen, es werde gar nicht gekürzt.

(Beifall der Abg. Katja Mast [SPD])

Wenn man das, was Sie im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik jetzt auf den Weg bringen, alles zusammenzählt, dann stellt man fest, dass Sie in vier Jahren 40 Milliarden Euro zulasten von langzeitarbeitslosen Menschen kürzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit bin ich, weil ich davon gesprochen habe, dass das eine doppelte Täuschung ist, bei einem weiteren Punkt, der in Ihrer Rede wieder zum Vorschein gekommen ist. Frau von der Leyen, es ist eine Milchmädchenrechnung – ich kann Ihnen diesen Begriff nicht ersparen –,

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Ganz schön sexistisch! –  
Gegenruf der Abg. Iris Gleicke [SPD]: Es gibt auch Milchbuben!)

wenn Sie nach dem Motto verfahren: Da es weniger Arbeitslose gibt, braucht es auch weniger Mittel. – Tatsache ist: Wir bekommen in Deutschland einen tief gespaltenen Arbeitsmarkt. Während auf der einen Seite immer mehr Unternehmen aufgrund der Auswirkungen des demografischen Wandels am Arbeitsmarkt händelnd Fachkräfte suchen werden, haben wir nach wie vor einen verfestigten Sockel von Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Jeder, der sich in der Materie ein bisschen auskennt, weiß, dass die Menschen, die drei, vier, fünf, sechs Jahre und länger arbeitslos sind, begleitende Hilfen, Qualifizierung und Maßnahmen brauchen, um zu einem selbstbestimmten Leben in Beschäftigung zu kommen.

Frau von der Leyen, wenn Sie uns schon nicht glauben, dann glauben Sie wenigstens den Profis der Bundesagentur für Arbeit, die das letzte Woche deutlich gemacht haben. Wenn Sie uns schon nicht glauben, dann glauben Sie den Wohlfahrtsverbänden und den arbeitgebernahen oder arbeitnehmernahen Weiterbildungsträgern an diesem Punkt. Sie sagen Ihnen: Was Sie jetzt machen, ist eine Zerstörung von Maßnahmen und Strukturen.

Die langzeitarbeitslosen Menschen werden von Ihnen abgehängt, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau von der Leyen, wenn Sie das fiskalisch damit begründen – Sie könnten das ja –: „Es ist weniger Geld da; wir müssen auch bei mir sparen“, dann sage ich Ihnen eines: Kurzfristig bewirken diese Kürzungen im Haushalt schöne Zahlen bei Ihnen und bei Herrn Schäuble. Aber langfristig läuft das Ganze auf eines hinaus: Diese Gesellschaft findet sich mit Langzeitarbeitslosigkeit ab.

Wir lassen die Menschen im Transfer mit allen Folgekosten, die das hat.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist nicht wahr, Herr Heil!)

Das wird für den Staat und die Gesellschaft verdammt teuer.

Reden wir einmal über die Menschen, die das, was Sie hier an Kürzungen machen, betrifft. Wer sind denn die Langzeitarbeitslosen in dieser Zeit in diesem Land?

Das sind die jungen Menschen, die aufgrund von Problemen in den Familien oder Fehlleistungen im Bildungswesen keine anständige Qualifikation haben. 65 000 junge Menschen verlassen Jahr für Jahr unsere Schulen ohne Schulabschluss. 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren haben keine berufliche Erstausbildung.

Und was machen Sie? Sie hängen diese Jugendlichen dauerhaft ab. Sie schaffen dauerhaften Nachwuchs für Hartz IV, indem Sie beispielsweise den Qualifizierungszuschuss vollständig streichen. Das, Frau von der Leyen, müssen Sie sich zurechnen lassen. Sie spalten den Arbeitsmarkt in einer Zeit des Fachkräftebedarfs, indem Sie junge Menschen dauerhaft zurücklassen.

*(Beifall bei der SPD)*

Und was machen Sie noch? Wir haben ein bewährtes Instrument – nach allen Expertenmeinungen ist es ein gutes Instrument –, das beispielsweise Arbeitslosen in der Vergangenheit die Möglichkeit eröffnet hat, nicht nur in reguläre Beschäftigung zu kommen, sondern auch, sich selbstständig zu machen, nämlich den Gründungszuschuss.

Viele Arbeitslose konnten sich mit dieser Hilfe selbstständig machen. Das ist also ein Instrument sowohl der Arbeitsmarkt- als auch der Wirtschaftsförderung, das bewirkte, dass auch noch weitere Arbeitsplätze geschaffen wurden. Sie jedoch trocknen dieses Instrument in wesentlichen Teilen aus. Auch das wird Folgen haben.

Frau Ministerin, ich kann Ihnen an dieser Stelle eines nicht ersparen – das Motto „Warme Worte, kalte Taten“ kennen wir ja schon; auch heute haben wir es wieder erlebt –: Ich befürchte langsam, dass in den Reihen der schwarz-gelben Koalition möglicherweise ein Menschenbild zu finden ist, das klammheimlich davon ausgeht, dass es einen großen Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit, von Menschen gibt, die man gar nicht mehr in Beschäftigung bringen mag und die man mit sozialem Transfer abspeisen will.

*(Max Straubinger [CDU/CSU]: Herr Heil, das, was Sie heute erzählen, ist unter Ihrem Niveau!)*

Ich sage Ihnen: Wir bleiben bei dem Grundsatz „Fördern und Fordern“. Wir sagen: Fördern und Fordern ist richtig. Es ist zwar richtig, zu sagen, dass sich Menschen selbst anstrengen müssen. Aber Menschen, die besondere Vermittlungshemmnisse haben, brauchen an diesem Punkt Unterstützung.

*(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das tun wir!)*

Damit, dass Sie bis 2015 40 Milliarden Euro im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik streichen, sagen Sie diesen Menschen Folgendes: Bleibt draußen, nehmt die Stütze, bleibt in Arbeitslosigkeit! – Was das für die betroffenen Menschen und übrigens auch für die Kinder dieser Familien bedeutet, die in einer solchen Situation sind und nicht erleben, dass es einen regulären Tagesablauf gibt und dass Menschen würdig in Arbeit kommen und von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können, interessiert Sie offensichtlich nicht. Angesichts der zerstörerischen Wirkung, die Sie durch diese Kürzungspolitik verursachen, werden und müssen wir das spätestens 2013 korrigieren. Darauf kann sich die deutsche Öffentlichkeit verlassen.

*(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

Frau von der Leyen, ich finde es schier unerträglich, dass Sie hier – das tun Sie auch sonst verstärkt – die Wortvernebelungsmaschine angeworfen haben. Das tun Sie in Talkshows, wie gestern Abend im Politikmagazin *Markus Lanz*, und das tun Sie auch heute hier im Deutschen Bundestag wieder. Ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege.

**Hubertus Heil (Peine) (SPD):**

Wir haben gestern Seine Heiligkeit hier erlebt. Heute haben wir hier Ihre Scheinheiligkeit erlebt. Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der SPD – Peter Weiß [Emmendingen])*

*[CDU/CSU]: Das war nun wirklich unter allem, was es an Niveau gibt! –*

*Weitere Zurufe von der CDU/CSU:*

*Oh! – Gegenruf des Abg. Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Getroffene Hunde bellen!)*

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Na ja. – Jetzt hat jedenfalls der Kollege Johannes Vogel für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Johannes Vogel** (Lüdenscheid) (FDP):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Heil, ich glaube, Ihre letzte Bemerkung richtet sich selbst.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich will Ihnen sagen, was ich unerträglich finde: Unerträglich finde ich es, wie Sie hier die Öffentlichkeit täuschen. Ich will nur einmal auf die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinweisen: Wir haben unter 3 Millionen Arbeitslose. Das ist so wenig wie seit 20 Jahren nicht mehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Sockelarbeitslosigkeit, die Zahl derjenigen, die langzeitarbeitslos mit einer schlechten Perspektive sind, sinkt in diesem Aufschwung, lieber Herr Heil. Man kann sich bei der Jugendarbeitslosigkeit ja auch einmal die Vergleichszahlen in den Ländern anschauen, in denen Sie in der Landesregierung Verantwortung tragen, zum Beispiel hier in Berlin.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sie haben für Ihre Konzepte 1,8 Prozent bekommen, lieber Herr Vogel!)

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist die niedrigste aller großen Industrienationen in Europa.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Frankreich und auch Schweden haben eine doppelt so hohe Jugendarbeitslosigkeit wie wir, lieber Herr Heil. Gerade in dieser Lage sagt die Koalition eben nicht: „Auf dem Arbeitsmarkt läuft alles gut“, sondern wir widmen uns jetzt der Aufgabe, allen Menschen eine Perspektive zu geben.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Deshalb kürzen Sie bei der Arbeitsmarktförderung!)

Das ist auch der Gedanke, der hinter dieser Instrumentenreform steht. Wir wollen die Arbeitsmarktvermittlung besser machen. Dieser Gesetzentwurf ist ein sehr guter Beitrag auf diesem Weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie nennen immer wieder die Zahlen. Das klingt natürlich auch erst einmal gut. Sie addieren die Milliardenbeträge, die möglicherweise zurückgenommen werden.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: „Möglicherweise“? – Gabriele Lösekrug-Möller [SPD]: Das ist beschlossen!)

Herr Heil, Sie vergessen aber, darauf hinzuweisen, dass die einzig seriöse Betrachtung von Zahlen in diesem Fall darin liegt, zu ermitteln, wie viel Geld pro Arbeitslosen zur Verfügung steht.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: So ist es!)

Lieber Herr Heil, ich kann nur sagen: Wir stellen uns der Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren. Ich will auch auf die großen Risiken für den Arbeitsmarkt hinweisen. Wir befinden uns mitten in der europäischen Schuldenkrise. Wir konsolidieren den Haushalt, Sie wollen Schulden vergemeinschaften. Während wir konsolidieren, sorgen wir dafür, dass nicht an der falschen Stelle gespart wird.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Deshalb treiben Sie die EZB auch in Staatsanleihen!)

Lieber Herr Heil, pro Langzeitarbeitslosen steht in diesem und im nächsten Jahr genauso viel Geld wie 2008 zur Verfügung, als Sie noch Regierungsverantwortung getragen haben. Das ist die Wahrheit. Alles andere ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben von der Gefahr der Spaltung des Arbeitsmarktes gesprochen.

(Katja Mast [SPD]: Wie sieht es denn für die Langzeitarbeitslosen aus?)

Das ist richtig. Ich kann Ihnen aber sagen, was das Beste ist, um einer Spaltung vorzubeugen, nämlich in Qualifikation zu investieren.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Darum kürzen Sie jetzt gerade!)

Der Arbeitsmarkt wird nicht durch Flexibilität gespalten, sondern durch die mangelnde Qualifikation von einigen Menschen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ja!)

Ich schaue mir einmal die Zahlen an: 2005 hatten wir 5 Millionen Arbeitslose, in diesem Jahr sind es unter 3 Millionen. 2005 war das letzte Regierungsjahr von Rot-Grün. Dieses Jahr geben wir 1 Milliarde Euro mehr für Qualifikation aus, als Sie das 2005 getan haben.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Hört! Hört!)

Von wegen schlechte Perspektive und gespaltenen Arbeitsmarkt! Das war Ihre Politik. Wir machen eine andere.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

2005 ist das Gesetz in Kraft getreten! Das ist das Letzte!)

In den letzten zwei Minuten will ich noch ein paar Sätze zum Gesetzentwurf selbst sagen. Es geht in der Tat darum, dass wir den Instrumentenkasten aufräumen. Wir sagen: Es ist richtig, auf Instrumente zu verzichten, mit denen Menschen nicht in Arbeit gebracht werden. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass zum Beispiel das Instrument ABM wegfällt, was nie ein erfolgreiches Instrument war,

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Und der Gründungszuschuss? Und der Qualifizierungszuschuss?)

und dass wir uns gleichzeitig auf die Instrumente konzentrieren, durch die den Menschen wirklich eine Perspektive gegeben wird. Das ist der Gedanke, der hinter diesem Gesetzentwurf steht. So etwas legen wir hier vor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Ich freue mich nämlich – das sage ich besonders für meine Fraktion –, dass wir auch die privaten Arbeitsvermittler im Instrumentenkasten der Arbeitsvermittlung erhalten konnten.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ja!)

Es geht darum, kreative Konkurrenz im Markt zu haben, und zwar Konkurrenz um die besten Lösungen, wie wir den Menschen eine Perspektive geben können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich ahne schon, was gleich kommen wird. Es wäre für das Niveau unserer Debatte – das sage ich offen – schön, wenn wir auf derselben Grundlage ehrlich miteinander diskutieren würden.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten wir auch gerne!)

Deshalb, Frau Kollegin Pothmer, würde ich mich freuen, wenn Sie gleich darauf verzichten würden, hier wieder die Lüge zu erzählen, das sei ein schlechtes Instrument. Die Evaluation des IAB hat ergeben: Das ist ein gutes Instrument. Es bringt nämlich Menschen in Beschäftigung. Deswegen erhalten wir es.

In der Tat wollen wir auch bei der öffentlich geförderten Beschäftigung dafür sorgen, dass diese nicht das Instrument der ersten Wahl ist, zum Beispiel für junge Menschen, sondern dass es um Qualifikation geht und dass wir uns in der öffentlich geförderten Beschäftigung auf die konzentrieren, die sie wirklich brauchen und sie in diesem Bereich wirkungsvoll halten. Mein Kollege Kober wird dazu gleich etwas sagen.

Zum Schluss will ich einen Aspekt, auf den Sie gar nicht eingehen – ich kann verstehen, warum –, hier in der Debatte anführen. Ich meine den Paradigmenwechsel bei der Förderung der Weiterbildung von beschäftigten Arbeitnehmern. Wir stellen uns mit diesem Gesetzentwurf auch der Aufgabe, den Arbeitsmarkt der Zukunft zu bauen. Es wird Regionen geben – diese gibt es in diesem Land auch schon heute –, in denen Vollbeschäftigung herrscht. Die Frage ist hier: Wie reagieren wir auf den Fachkräftemangel? Wir schaffen hier einen echten Paradigmenwechsel.

Erstmalig wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, die Weiterbildung von beschäftigten Arbeitnehmern, von Geringqualifizierten und Älteren weiter zu finanzieren, sondern auch die Möglichkeit, dass alle Arbeitnehmer von kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Land – bei denen ist die Weiterbildungsquote nicht so hoch wie bei den Konzernen – durch die Bundesagentur für Arbeit teilgefördert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Das ist eine echte Innovation, die Sie nie geschafft haben.

Wir stellen uns der Aufgabe, auf den Fachkräftemangel und das Problem von mangelnder Qualifikation, das eine Spaltung des Arbeitsmarkts bewirkt, zu reagieren. Dieser Gesetzentwurf bringt einen echten Paradigmenwechsel. Sie haben nichts Besseres zu tun, als über angebliche Haushaltskürzungen zu reden. Man könnte das schon als Kompliment sehen: Was man an diesem Gesetzentwurf inhaltlich kritisieren könnte, fällt Ih-

nen offenbar nicht ein. Ich bin gespannt, ob dazu im Laufe der Debatte etwas kommt. Ich rechne nicht wirklich damit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile der Kollegin Sabine Zimmermann das Wort, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sabine Zimmermann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollen uns heute abschließend mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Verschlechterung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt beschäftigen.

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU)

– Ach, ich habe mich versprochen, Entschuldigung. Ich meine natürlich: zur Verbesserung.

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP: Ah!)

Doch, ich habe ganz bewusst ausgesprochen – das hat bei Ihnen auch Wirkung gezeigt –, was die Sozialverbände, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger von diesem Gesetz denken.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Rhetorisches Feuerwerk!)

Die Bundesregierung sorgt damit nur ein weiteres Mal für einen gigantischen Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik, und das auf dem Rücken von erwerbslosen Menschen in diesem Land. Während der Rettungsschirm für die Banken immer größer wird, drückt die Bundesregierung den vielen erwerbslosen Menschen nur einen kleinen löchrigen Knirps in die Hand. Das ist ungerecht, aber das ist Ihre Politik. Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst in Zeiten des Aufschwungs gelingt es nicht, Langzeitarbeitslose in nennenswerten Größenordnungen in Beschäftigung zu bringen. Ihr Anteil an allen Erwerbslosen blieb im August mit 33 Prozent genauso wie im Vorjahr. Damit liegt Deutschland deutlich über dem Durchschnitt der europäischen Länder. Nur die Slowakei hat einen noch höheren Anteil langzeitarbeitsloser Menschen.

Mit Ihrem Gesetz zur vermeintlichen Verbesserung der Eingliederungschancen werden Sie es bald schaffen, den Spitzenplatz in Europa zu erobern. Dazu können wir nur sagen: Glückwunsch! Deutschland, das Land der Langzeitarbeitslosen! – Das ist Ihr Verdienst von Ihrer Regierung, meine Damen und Herren der schwarz-gelben Koalition.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch etwas zu den absoluten Zahlen sagen.

Im Juni betrug die offizielle Zahl der Langzeitarbeitslosen im Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit 868 000. Im Juli belief sich diese Zahl dann auf 962 000. Nun fragen Sie bestimmt, warum, Herr Vogel, der Sie uns so schön Ihre Rechnungen aufmachen. Ich kann Ihnen sagen, woran es liegt. Erstmals konnten nämlich Langzeitarbeitslose ausgewiesen werden, die von den Optionskommunen betreut werden. All die Jahre zu vor – das waren sieben Jahre; seit dieser Zeit bestehen die Optionskommunen – wurden sie vor der Öffentlichkeit offenbar versteckt.

Ich frage mich: Was ist hier los?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist ein Skandal!)

Genau genommen weiß man gar nicht genau, wie viele Arbeitslose es in unserem Land gibt. Außerdem gibt es noch die knapp 100 000 über 58-jährigen arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher – die Sie vergessen haben, Herr Vogel –, die aus der Statistik herausgefallen sind,

(Johannes Vogel [Lüdenscheid] [FDP]: Wir haben aber an der Statistik überhaupt nichts verändert!)  
weil sie in den letzten zwölf Monaten kein Jobangebot vom Jobcenter bekommen haben.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist unerhört!)



Ich frage mich: Was ist hier los? Wie wollen Sie uns darstellen, dass die Arbeitsmarktpolitik greift und die Arbeitslosigkeit zurückgeht? Wenn etwas in Bewegung ist, dann sind es nicht die Langzeitarbeitslosen auf dem Weg in ihren neuen Job, sondern allenfalls die Statistiken. Nur 2,2 Prozent der Langzeitarbeitslosen gelang es in den letzten zwölf Monaten, in einen Job zu kommen. Von großen Erfolgen am Arbeitsmarkt, insbesondere für Langzeitarbeitslose, zu reden, halten wir für Augenwischerei.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Sie, allen voran unsere Ministerin Frau von der Leyen, verschließen die Augen vor der Realität. Vor allem Langzeiterwerbslose benötigen dringend Weiterbildung und Qualifizierung, um eine Chance auf einen Job zu erhalten. Das wurde heute schon mehrfach angesprochen. Die Hälfte von ihnen verfügt nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Doch die Maßnahmen zur Weiterbildung und Qualifizierung haben Sie bereits in diesem Jahr drastisch zusammengestrichen. Die Teilnehmerzahlen sind um 36 Prozent zurückgegangen, Herr Vogel.

Gleichzeitig redet die Regierung, auch Sie, Herr Vogel, von einem Fachkräftemangel. Auf der einen Seite werden die Gelder für aktive Maßnahmen gestrichen. Auf der anderen Seite jammern Sie auf hohem Niveau, dass wir einen Fachkräftemangel haben. Ich bitte Sie, das passt doch nicht zusammen. Die Linke steht für eine andere Arbeitsmarktpolitik.

*(Johannes Vogel [Lüdenscheid] [FDP]: Das glaube ich!)*

Ich denke, das wird Sie nicht wundern. Dazu haben wir einen Antrag eingebracht, den Sie vielleicht einmal lesen sollten. Notwendig ist eine Reform der Arbeitsmarktinstrumente – darin sind wir uns einig –, die aber nicht auf Billigmaßnahmen und Vermittlung in prekäre Beschäftigung setzt und damit lediglich die Arbeitslosenstatistik bereinigt. Es gilt, Qualifizierung und Vermittlung in gute Arbeit zu stärken.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Die Linke möchte nachhaltige Maßnahmen stärken, die am individuellen tatsächlichen Bedarf der Betroffenen ausgerichtet sind. Damit verbunden sind Rechtsansprüche der Betroffenen auf Fördermaßnahmen. Insbesondere müssen die Erwerbslosen mit den größten Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt besser unterstützt werden: Ältere, Menschen mit Behinderungen, aber auch Langzeiterwerbslose. Denn diese Gruppen sind die großen Verlierer der letzten Jahre und werden dies aufgrund Ihres Gesetzentwurfs auch weiter sein. Die Bundesagentur für Arbeit darf von der Bundesregierung nicht weiter in die chronische Unterfinanzierung getrieben werden. Damit meine ich die Abschaffung der Defizithaftung des Bundes, die vorgesehene Reduzierung des Beitrages zur Arbeitsförderung und die Strafgebühr beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in Hartz IV. Sie pressen die Bundesagentur für Arbeit aus wie eine Zitrone. Das geht zulasten der erwerbslosen Menschen.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Zudem darf die Arbeitsverwaltung nicht länger Motor für prekäre Beschäftigung sein. Wir fordern eine Neugestaltung der Zumutbarkeitsregelungen und eine bessere Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, um dem Druck zur Aufnahme von niedrig entlohnter und nicht qualifikationsgerechter Beschäftigung entgegenzuwirken. Denn es kann nicht sein, dass Menschen in Arbeit vermittelt werden und zusätzlich Hartz IV beziehen müssen. Damit muss endlich Schluss sein in diesem Land!

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Statt die öffentlich geförderte Beschäftigung einzustampfen, wie es die Regierung derzeit tut, wollen wir neue Rahmenbedingungen für gute öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen, um Langzeiterwerbslosen eine Perspektive zu geben. Dies sind eben nicht 1-Euro-Jobs; es geht vielmehr um sinnvolle zusätzliche Arbeit, von der man leben und seine Familie ernähren kann.

Die Arbeitsverwaltung wurde in den letzten Jahren immer mehr zu einem System umgestaltet, das sich ausschließlich negativ definiert: über Sperrzeiten, Sanktionen und wenig Förderung. Dieser falsche Weg muss ein Ende haben.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Solange Sie mit Ihrem vorgelegten Gesetzentwurf die Chancen von langzeitarbeitslosen Menschen so dramatisch verschlechtern, werden wir als Linke nie zustimmen.

Danke.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Brigitte Pothmer, Bündnis 90/Die Grünen.

**Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der hier heute vorliegende Gesetzentwurf orientiert sich nicht an den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Der hier heute vorliegende Gesetzentwurf orientiert sich am Rotstiftediktat des Finanzministers.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)*

Dem werden jedenfalls wir nicht zustimmen.

Sie behaupten immer, Herr Vogel und Frau von der Leyen, dass die vorgesehenen Einsparungen durch Effizienz und Zielgenauigkeit aufgefangen werden. Diese Effizienz und diese Zielgenauigkeit wollen Sie dadurch erreichen, dass die Entscheidungskompetenz der Jobcenter gesteigert wird. Deswegen werden Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt. Jetzt will ich Ihnen einmal am Beispiel des Gründungszuschusses erläutern, wie das aussieht. Beim Gründungszuschuss sollen 5 Milliarden Euro eingespart werden; das sind 83 Prozent des Etats. Die Ausweitung der Entscheidungskompetenz vor dem Hintergrund dieser Einsparungen ist nichts anderes, als dass Sie die Drecksarbeit der Ablehnung nach unten verlagern.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)*

Es gibt aber interessanterweise eine Ausnahme: Die Vermittlungsgutscheine für private Vermittler werden nicht in eine Ermessensleistung umgewandelt. Die Vermittlungsgutscheine für private Vermittler sind so etwas wie die Mövenpick-Steuer der Arbeitsmarktpolitik.

*(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]:  
Das ist in gleicher Weise arm und billig!)*

Das ist das einzige Instrument, das nicht zur Ermessensleistung wird.

Sie sind angetreten, um den Instrumentenkasten nach dem Prinzip der Effizienz zu organisieren. Wie sieht die Effizienz bei den privaten Vermittlern eigentlich aus? Im Jahr 2010 sind 634 000 Vermittlungsgutscheine ausgegeben worden. Eingelöst worden sind davon 50 000. Das entspricht 7,9 Prozent.

*(Johannes Vogel [Lüdenscheid] [FDP]: Ja und?)*

Arbeit haben davon nur 4,2 Prozent gefunden. Das ist das Prinzip der Effizienz à la FDP.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hubertus Heil [Peine] [SPD] –  
Lachen des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP])*

Ich will hier aber gar nicht den Eindruck erwecken, als würden schon mit dem Ausgeben des Vermittlungsgutscheines Kosten fällig, auch wenn damit durchaus Beratungs- und Bürokratieaufwand verbunden ist. Aus Seriositätsgründen will ich hier deutlich machen: Die Provision wird erst gezahlt, wenn jemand tatsächlich sechs Wochen in Arbeit ist. Herr Vogel, was ist an 4,2 Prozent effizient?

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Das hier ist kein Effizienzinstrument; das ist Wahlkampfhilfe für die FDP.

*(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: So viele Wahlen gibt es auch nicht!)*

So viele private Vermittler gibt es aber gar nicht, um der FDP über die Fünfprozenthürde zu helfen. Hinzu kommt noch – das besagt im Übrigen auch die IAB-Studie –, dass die privaten Vermittler im Wesentlichen den Rahm abschöpfen. Die wirklich schweren Fälle bleiben bei der Bundesagentur für Arbeit und bleiben bei den Jobcentern. Aber die schwer Vermittelbaren interessieren Sie ja sowieso nicht; die haben Sie längst abgeschrieben. Dieser Gesetzentwurf konzentriert sich auf diejenigen, die ohne großen Unterstützungsbedarf in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Frau von der Leyen, es geht Ihnen darum, sich im schönen Schein der durch die Konjunktur abnehmenden Arbeitslosenzahlen zu sonnen. Ich sage Ihnen: Wo Sonne ist, da ist auch Schatten.

*(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Lessing!)*

Ich finde, die Aufgabe einer Arbeitsministerin besteht darin, sich diesem Schatten einmal zuzuwenden.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)*

Was wir nämlich nicht brauchen, ist eine Schattenkanzlerin. Was wir brauchen, ist eine Arbeitsministerin, die sich genau um diese Schattenseiten kümmert, und das sind die schwer Vermittelbaren,

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

das sind die gesundheitlich Eingeschränkten, das sind die ohne Ausbildung, das sind die Älteren, und das sind die Alleinerziehenden.

Frau von der Leyen, wenn Sie hier auftreten und sagen, die Zahl der Arbeitslosen unter den Alleinerziehenden sei überproportional zurückgegangen, dann kann ich nur sagen: Das stimmt nicht. Genauso stimmt Ihre Rechnung nicht, dass Sie pro Kopf mehr als in den Jahren zuvor ausgeben werden. Wenn Sie allerdings das Jahr 2005 zum Referenzjahr nehmen, also das Jahr, in dem diese Regelung eingeführt worden ist und die Jobcenter im Aufbau begriffen waren, dann zeigt das den Mangel an Seriosität in Ihrer Argumentation.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)*

Die Zahl, die wirklich relevant ist, ist folgende: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im letzten Jahr um 4 bis 5 Prozent gesunken. Aber Sie kürzen in diesem Bereich um 25 Prozent. Sie können vieles außer Kraft setzen, nicht aber Adam Riese.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)*

Die Probleme, die wir heute auf dem Arbeitsmarkt haben, sind grundsätzlich anderer Natur als vor zwei Jahren. Heute sind die Menschen arbeitslos, nicht weil Arbeitsplätze fehlen, sondern weil ihnen die Qualifikation für die vorhandenen Arbeitsplätze fehlt. Es ist Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, das zu verändern. Wenn das nicht gelingt, dann hat die Arbeitsmarktpolitik versagt. Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit, das ist das Versagen der verantwortlichen Ministerin. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)*

Die Anhörung hat das noch einmal deutlich gemacht. Alle fordern eine Rücknahme der Kürzungen, aber auch eine qualitative Verbesserung. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel. Wir brauchen besser qualifiziertes Personal in den Jobcentern. Wir brauchen Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere für Geringqualifizierte, die zu einem Abschluss führen. Wir brauchen die volle Finanzierung von Umschulungen, besonders in nachgefragten Berufen wie in der Pflege. Welchen Sinn macht es eigentlich, dass die Kosten der Umschulungen hier nicht übernommen werden? Tatsächlich ist jede Umschulung im Pflegebereich mit einer Jobgarantie verbunden.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Dazu finden wir in Ihrem Gesetzentwurf nichts, rein gar nichts. Mit diesem Gesetz treiben Sie die Spaltung des Arbeitsmarktes und damit auch die Spaltung in der Gesellschaft voran. Leider hat der Änderungsantrag, den die Fraktionen vorgelegt haben, daran nicht wirklich etwas geändert. Deswegen werden wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen.

*(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Karl Schiewerling.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Karl Schiewerling (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es amüsant, dass sich die Opposition an unserer Bundesarbeitsministerin in persönlichen Fragen handfest abarbeitet. Sie scheint eine so gute Politik zu machen, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nur noch mit Schlägen unterhalb der Gürtellinie operieren können.

*(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Ich sage es Ihnen sehr deutlich: Auch Sie, Frau Kollegin Pothmer, können Adam Riese nicht außer Kraft setzen.

5 Millionen Arbeitslose sind nun einmal mehr als knapp 3 Millionen Arbeitslose.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Wenn Sie die Zahlen nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dann nenne ich Ihnen hier in der Öffentlichkeit die Zahlen noch einmal: 2006 gab es 5 Millionen Arbeitslose. Wir haben damals 1 643 Euro pro Kopf ausgegeben. Wir werden im Jahr 2011 2 524 Euro pro Kopf ausgeben, damit Langzeitarbeitslose bzw. Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

*(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)*

Gegen Adam Riese werden Sie, Frau Kollegin Pothmer, nicht argumentieren können.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Schiewerling, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Mast?

**Karl Schiewerling (CDU/CSU):**

Mit verhaltener Freude.

*(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön, Frau Mast.

**Katja Mast (SPD):**

Herr Kollege Schiewerling, vielen Dank, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Mich interessiert, wie sich die Pro-Kopf-Ausgaben für Langzeitarbeitslose in Deutschland seit Ihrer Regierungsübernahme entwickelt haben bzw. entwickeln werden. Da Sie offenbar gerne mit Zahlen agieren, wird es für Sie sicherlich kein Problem sein, uns auch hierzu konkrete Zahlen zu nennen.

**Karl Schiewerling (CDU/CSU):**

Die habe ich Ihnen gerade genannt.

*(Katja Mast [SPD]: Nein!)*

*(Sie haben über Arbeitslosigkeit allgemein gesprochen, nicht über Langzeitarbeitslosigkeit!)*

– Nein, Frau Kollegin, ich habe Ihnen die Zahlen genannt.

– 2011 gibt es geschätzt 2,1 Millionen Arbeitslose im SGB-II-Bereich. Die Pro-Kopf-Ausgaben liegen bei 2 524 Euro. 2006 gab es 2,8 Millionen Langzeitarbeitslose. Damals wurden pro Kopf 1 643 Euro ausgegeben. Das sind die Zahlen.

*(Beifall bei der CDU/CSU – Katja Mast [SPD]: Sie haben über Arbeitslose allgemein gesprochen!)*

Frau Kollegin Mast, es tut mir leid, dass die Zahlen nun einmal so sind, wie sie sind, und dass Sie mit Ihrer Argumentation nicht durchdringen. Aber auch Sie müssen diese Zahlen einmal zur Kenntnis nehmen.

*(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)*

Wir schließen nach der Organisationsreform und der Reform der Regelsätze mit dem Gesetz, über dessen Entwurf wir heute abschließend beraten, nun den dritten Teil der Arbeitsmarktgesetzgebung, die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, ab. Ich finde, dass wir in den letzten zwei Jahren einiges auf den Weg gebracht haben.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Schiewerling, auch Frau Kollegin Pothmer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Karl Schiewerling (CDU/CSU):**

Nein, jetzt nicht.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Der Mut verlässt ihn!)*

Die Notwendigkeit, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu reformieren – ich sage Ihnen das in aller Deutlichkeit –, besteht unabhängig von der Konjunktur und den Finanzen. Selbst wenn wir 4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung hätten, müssten wir die arbeitsmarktpolitischen Instrumente effizienter gestalten; denn ob 4 Milliarden Euro mehr oder 500 Millionen Euro weniger, es geht in jedem Fall darum, die Steuergelder effizient einzusetzen, weil wir gegenüber dem Steuerzahler für das, was wir tun – das bleibt immer so –, Verantwortung tragen.

*(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)*

Es geht bei dem, was wir tun, um einen Umbau und nicht – das wollen einige von Ihnen suggerieren – um einen Abbau der Sozialleistungen. Es geht erst recht nicht um einen Kahlschlag. Es geht darum, dass auch die Langzeitarbeitslosen ihre Chancen nutzen können, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden.

*(Zuruf von der LINKEN: Allgemeinplatz!)*

Diese Gesetzgebung stellt in der Tat einen Paradigmenwechsel dar. Wir müssen konsequent in die Qualifizierung investieren und konsequent eine Treppe zum ersten Arbeitsmarkt bauen. Einige brauchen mehr Stufen, um dorthin zu kommen, einige brauchen nur eine Stufe oder müssen nur einen Schritt gehen; es geht aber darum, dass wir die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren.

Sie, Frau Kollegin Pothmer, sagen, uns habe die Konjunktur geholfen. Die Konjunktur hat uns überhaupt nicht geholfen; sie ist vielmehr die Basis dafür, Menschen wieder im ersten Arbeitsmarkt unterzubringen.

Arbeitsmarktpolitische Instrumente schaffen keine Arbeitsplätze, sondern sie ebnen den Weg, um wieder in Beschäftigung zu kommen.

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)*

Arbeitsplätze werden von der Wirtschaft geschaffen, und die Wirtschaft kann sie nur bei einer entsprechenden Konjunktur und dann schaffen, wenn gute Rahmenbedingungen von der Politik gesetzt werden. Wir haben die Rahmenbedingungen richtig gesetzt; sonst hätten wir den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt nicht.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Der Weg ist von uns dadurch geebnet worden, dass wir die Instrumente zusammengefasst haben, dass wir mehr Flexibilität und Entscheidungsfreiheit vor Ort haben und die Instrumente zur Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt geschärft haben. Ich bin auf einige Dinge, die wir jetzt erreicht, aber die wir zusammen in der letzten Legislaturperiode nicht geschafft haben – das sage ich Ihnen sehr deutlich –, ein klein wenig stolz. Wir haben es geschafft, die Entscheidungsfreiheit vor Ort anzusiedeln, weil die Situation zwischen Kiel und Konstanz, zwischen Aachen und Görlitz völlig unterschiedlich ist.

Wir flexibilisieren, wir überlassen die Entscheidungsfreiheit den Verantwortlichen vor Ort, haben aber auch die dringende Bitte, dass diese Entscheidungsfreiheit wahrgenommen wird und die Möglichkeiten tatsächlich genutzt werden.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Wir flexibilisieren sogar die Finanzierung dahin gehend, dass die Verantwortlichen entscheiden können, wie sie immerhin 20 Prozent des gesamten Eingliederungstitels – das sind weit mehr als 800 Millionen Euro – einsetzen, um die spezifischen Arbeitsmarktp Probleme vor Ort zu lösen. Das setzt Eigenverantwortung voraus. Darauf bauen wir, und darauf setzen wir unsere Akzente.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Das hat auch etwas mit dem Fachkräftemangel zu tun. Aber tun wir doch nicht so, als sei das Problem des Fachkräftemangels ein monolithischer Komplex. Es handelt sich vielmehr um eine sehr differenziert zu beantwortende Frage,

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)*

weil die Situation der Menschen höchst unterschiedlich ist. Dort, wo wir etwas leisten können, damit Jugendliche, Heranwachsende und Menschen, die gerade in Beschäftigung gekommen sind, weiterqualifiziert werden, um eine Perspektive zu haben, weil wir ihre Kraft, ihre Begabungen und ihre Fähigkeiten brauchen, investieren wir und bieten Qualifizierungsmöglichkeiten. Wir bitten alle Träger und Institutionen, die sich in diesem Bereich engagieren, dies weiter mit voller Kraft zu tun.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Es ist mir an dieser Stelle ein Anliegen, ein deutliches Wort des Dankes an die vielen Initiativen und Träger zu richten.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Die werden sich aber über Ihre warmen Worte sehr freuen!)*

Ich weiß, dass in einigen Bereichen der Beschäftigungsinitiativen, die sich für Langzeitarbeitslose einsetzen, Umstrukturierungen stattfinden werden.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Kürzungen! Reden Sie doch Deutsch!)*

Diejenigen, die ausschließlich Beschäftigung organisieren, werden es schwer haben, weil wir sie auffordern, Beschäftigung mit Qualifizierung zu verbinden und den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu organisieren.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Mit weniger Geld!)*

Dafür werden wir die Mittel bereitstellen. Dafür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen. Wir erreichen mehr Effizienz, weil mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort entsteht.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ohne Geld!)*

Ich bin ganz sicher, dass es nicht nur um die Frage geht, wie wir die Mittel verteilen, sondern auch um die Frage, wie wir die Mittel effizient einsetzen. In diesem Sinne freue ich mich darauf, dass wir zu neuen Aufbrüchen in diesem Bereich kommen. Es geht nicht um Abbau. Es geht um Umbau. Es geht um Schärfung. Es geht um gute Perspektiven für die Menschen, junge wie ältere, damit sie eine gute und hoffnungsvolle Zukunft am Arbeitsmarkt haben. Ich bin froh darüber, dass sich die Zahlen so entwickelt haben, wie sie sich entwickelt haben. Ich rate Ihnen, den Menschen das auch nicht schlechtzureden;

*(Stefan Schwartze [SPD]: Das brauchen wir nicht! Sie haben es so schlecht gemacht!)*

denn sie brauchen Mut, und sie brauchen nicht permanent Schwarzmalerei, die ihnen sagen: Ihr habt sowieso keine Perspektive. – Sie haben eine Perspektive, und wir eröffnen sie ihnen.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die SPD spricht jetzt die Kollegin Gabriele Lösekrug-Möller.

*(Beifall bei der SPD)*

**Gabriele Lösekrug-Möller (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Schiewerling, wer sich Effekte des Aufschwungs so an die Brust heftet, wie Sie es getan haben, der sollte die andere Seite der Brust freilassen; denn dahin heften wir dann die Effekte, die entstehen, wenn der Aufschwung nachlässt.

Was hier geschieht, ist unverantwortlich. Es ist unverantwortlich, dass Sie sagen: All das Gute auf dem Arbeitsmarkt haben wir gemacht. – Ich glaube, die Menschen in Deutschland wissen das besser. Auch wenn Sie so froh sind über das Gesetz, das heute verabschiedet wird, und sich einer Noch-Mehrheit im Parlament rühmen können, so haben Sie doch nicht die Mehrheit der Gesellschaft auf Ihrer Seite. Wir haben in diesem Verfahren erlebt, wie Sozialverbände, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Initiativen gegen das Sturm gelaufen sind, was heute verabschiedet wird.

*(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Selbsterhaltung! – Patrick Döring [FDP]: Blanker Lobbyismus!)*

Zwei Dinge müssen zusammen gesehen werden, Herr Zimmer: Ihre radikalen Kürzungen und die Veränderung der Instrumente. Die Kollegin Pothmer hat es auf den Punkt gebracht. Ich will es noch einmal sagen, weil Sie es offenbar noch nicht verstanden haben: Sie geben den Mitarbeitern in den Jobcentern vor Ort nur die Chance, Nein zu sagen, wenn sie ihr Ermessen ausüben. Das ist fahrlässig. Das haben sie auch wirklich nicht verdient.

*(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)*

Wir wissen: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. – Wir Sozialdemokraten haben einmal Instrumente reformiert, zusammen mit der CDU/CSU. Das war ein guter Schritt. Wir haben signalisiert: Wir sind bereit, weiterzumachen. – Das gilt aber nicht, wenn Sie eine Instrumentenreform machen und sich die Instrumente nur noch auf das beziehen, was nach Ihren Milliardenkürzungen hinter dem Komma noch übrig bleibt. Das ist Missbrauch von Reform.

*(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

Das führt dazu, dass der Graben zwischen jenen Menschen, die in guter Arbeit sind, und denen, die gar keine Arbeit haben oder zu schlechten Bedingungen arbeiten müssen, noch tiefer wird. Das sind die Effekte Ihrer Arbeitsmarktpolitik, auf die Sie so stolz sind.

Wir können das am Beispiel der Jugendwerkstätten in Niedersachsen durchbuchstabieren. Frau Ministerin, Sie kennen sich da aus. Sie wissen: Über 100 Einrichtungen arbeiten seit Jahren erfolgreich. Mehr als 5 000 junge Menschen ohne Chance bekommen dort genau das, was sie brauchen, damit sie gut in Ausbildung und Arbeit kommen. Wenn es nicht Proteste gegeben hätte, dann wären diese Werkstätten radikal ans Ende ihrer Existenz gekommen.

*(Max Straubinger [CDU/CSU]: Ach je!)*

Was wir jetzt haben, Kollege Straubinger, ist ein kleiner Fortschritt. Sie könnten sich bei Ihrer Kollegin Connemann aus Niedersachsen informieren. Sie hat auch berechtigte Sorge in der Frage, wie es in diesem Zusammenhang weitergeht.

Das alles zeigt mir: Wenn es konkret darum geht, jungen Menschen Chancen zu eröffnen, dann passen Sie Ihre Politik nicht der Wirklichkeit an, sondern legen wunderbare Sachen ins Schaufenster. Betreten dann aber Bedürftige den Laden, finden sie leere Regale vor. – Das ist die Politik, die Sie machen. Das gilt für den Gründungszuschuss. Das gilt für den Vermittlungsgutschein für junge Leute. Da ist es ja eine wunderbare Ausnahme, wenn es mit den Privaten funktioniert; wir haben das hier hinreichend erörtert. Auch das wird der FDP als Partei nicht weiterhelfen. Möglicherweise eröffnet es Personen, die irgendwann einmal ohne Mandat sein werden, die Chance auf Vermittlung. Ich empfehle da auch unsere öffentlichen Einrichtungen. Auch die vermitteln gut. Diese Aktion wäre nicht notwendig gewesen.

*(Beifall bei der SPD)*

Leider müssen wir den Gesetzentwurf ablehnen,

*(Max Straubinger [CDU/CSU]: Sie können auch zustimmen!)*

trotz der Änderungsvorschläge, die von CDU/CSU und FDP immerhin noch gekommen sind. Einige waren bitter nötig. Ich denke hier an die Wohnheime und an die Förderung kleiner Einrichtungen, die offenbar von der Frau Ministerin nicht beachtet worden sind. Es wird dringend Zeit, dass sich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in dieser Republik ändert.

Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die FDP spricht jetzt der Kollege Pascal Kober.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)*

**Pascal Kober (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie tun mir schon leid;

*(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:*

*Oh! – Angelika Krüger-Leißner [SPD]: Wir müssen Ihnen nicht leid tun, Herr Kober!)*

denn es ist offensichtlich sehr schwer, gegen eine so erfolgreiche Regierung Opposition zu machen. Ihnen fällt nichts anderes ein, als auf persönliche Angriffe unter der Gürtellinie auszuweichen.

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche persönlichen Angriffe denn?)*

Ich kann es nur wiederholen: Diese Regierung ist so erfolgreich, wie Sie es sich im Interesse der Menschen in unserem Land nur wünschen könnten. Wir haben in der Bundesrepublik gegenwärtig 41 Millionen Erwerbstätige, so viele wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Wir haben weniger als 3 Millionen Arbeitslose. Die Langzeitarbeitslosigkeit, die die Schwächsten der Schwachen betrifft, sank im letzten Jahr erstmalig seit Einführung des Hartz-IV-Systems um 6 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote liegt bei unter 10 Prozent, also nur halb so hoch wie im europäischen Durchschnitt. Im letzten Jahr wurden 684 000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Von daher kann ich schon verstehen, dass es schwer ist, Opposition gegen eine so erfolgreiche Regierung zu machen.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht einmal 2 Prozent!)*

Ich möchte Sie für Folgendes sensibilisieren. Was ich eben genannt habe, waren die nackten Zahlen. Aber stellen Sie sich vor, wie viele persönliche Lebensschicksale Hunderttausender sich konkret dahinter verbergen: Hunderttausende Menschen, die jetzt wieder schlafen können, Hunderttausende Familien, die in den Urlaub fahren können, Hunderttausende Menschen, die wieder eine Perspektive haben – das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sollten Sie anerkennen um des Lebensglücks dieser Menschen willen.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Die wählen jetzt alle FDP!)*

Wir sind nicht so vermessen, alles auf unsere Regierungsführung zurückzuführen.

*(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Gabriele Lösekrug-Möller [SPD]: Das hörte sich aber anders an!)*

Wir wissen, dass bereits in der Vergangenheit Wesentliches im Bereich der Wirtschaft geschehen ist, dass dazu geführt hat, dass es jetzt so viele Chancen für die Menschen auf dem Arbeitsmarkt gibt. Es gibt 1 Million offene Stellen, die darauf warten, besetzt zu werden. Deshalb ist es richtig, dass wir in die Weiterbildung investieren. Wir investieren mehr, als Sie je zu investieren bereit waren. Sie haben 2005 2 Milliarden Euro in die Weiterbildung investiert.

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2005 gab es die Jobcenter noch gar nicht! –  
Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Die Argumente werden nicht besser, wenn sie wiederholt werden!)*

Wir investieren 3 Milliarden Euro. Das zeigt deutlich, wo wir uns in der Verantwortung sehen. Wir ergänzen das, was auf dem Arbeitsmarkt durch eine glücklicherweise gute Konjunkturentwicklung möglich war, durch eine kluge Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)*

Lassen Sie mich daran erinnern, dass ich Sie bei der ersten Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes gebeten habe, sich nicht darauf zurückzuziehen, nur ständig über die Rückführung von Mitteln zu klagen.

*(Johannes Vogel [Lüdenscheid] [FDP]: Das ist leider gescheitert!)*

Ich habe Sie aufgefordert, sich konstruktiv an der Verbesserung der einzelnen Instrumente zu beteiligen; aber von Ihnen ist in dieser Hinsicht nichts gekommen. Wir hingegen haben bei den bereits zur Verfügung stehenden Instrumenten die Stellschrauben justiert, um so in Zukunft größere Erfolge zeitigen können. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Bei den 1-Euro-Jobs bzw. den Arbeitsgelegenheiten haben wir eine sogenannte Nachrangigkeitsklausel eingeführt, sodass das Instrument nur dann anwendbar ist, wenn – –

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Kober, ich wollte Sie eigentlich nicht mitten im Satz unterbrechen. Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Heil zulassen?

**Pascal Kober (FDP):**

Eine Zwischenfrage des Kollegen Heil natürlich gerne.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön.

**Hubertus Heil (Peine) (SPD):**

Geschätzter Kollege Kober, in der vergangenen Woche war auf meine Einladung hin Herr Staatssekretär Brauksiepe in meinem Heimatwahlkreis. Dies ist der Landkreis Peine, zwischen Braunschweig und Hannover gelegen. Herr Staatssekretär Brauksiepe hat ähnlich argumentiert, wie Sie argumentiert haben, nämlich nach dem Motto: Pro Kopf wird überhaupt nicht gespart. – Komischerweise erleben wir gerade, dass die Strukturen einer hocheffizienten Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des Landkreises Peine zusammenbrechen.

Derzeit vollzieht sich dort ein Strukturwandel. Dass die Caritas und die Diakonie über die Jugendwerkstätten einiges zu berichten haben, hat die Kollegin Lösekrug-Möller bereits angesprochen.

Ich habe eine einfache Frage an Sie. Ich schlage vor, dass wir vereinbaren, dass Sie in einem Jahr in meinen Wahlkreis kommen und den Menschen vor Ort erklären, dass alles so toll ist, wie Sie es hier prognostizieren. Nehmen Sie meine Einladung an?

**Pascal Kober (FDP):**

Lieber Hubertus Heil, zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Gesetz noch gar nicht wirksam ist. Wenn die Träger jetzt verunsichert sind, was ihnen in Zukunft bevorsteht, dann liegt das im Wesentlichen daran, dass Sie hier nicht sachlich argumentieren, sondern den Trägern Angst machen.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)*

Nun zu Ihrer Frage, Herr Heil. Ich komme gerne und lade Sie zugleich in meinen Wahlkreis ein. Danach tauschen wir uns darüber aus. Ich freue mich darauf.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)*

Wir haben im Bereich des 1-Euro-Jobs eine Nachrangigkeitsklausel eingeführt, damit genau diejenigen davon profitieren, die es nötig haben und für die diese Arbeitsgelegenheit sinnvoll ist, statt sie zu verwenden, um irgendwelchen Trägern oder sonstigen Auftraggebern billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. So haben wir – die Zeit reicht nicht mehr, dies auszuführen – an ganz vielen Stellen gerade im Bereich des SGB II ganz konkrete kleine Veränderungen vorgenommen, um diese Instrumente zielgerichteter einzusetzen, damit mehr Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Uns geht es in der Tat gerade um die Schwächsten. Deshalb – darauf können Sie vertrauen – werden wir auch weiter mit Ihnen die Diskussion und die Auseinandersetzung suchen.

Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Max Straubinger.

*(Beifall bei der CDU/CSU)*

**Max Straubinger (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir verabschieden heute das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt. Damit setzt sich nach der Jobcenterreform und der Leistungsreform die Reform der gesetzlichen Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung fort. Ich glaube, es ist ein sehr gutes Gesetz, das wir heute verab-



schieden, weil damit ein Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik verbunden ist. Es geht nämlich darum, mehr Eigeninitiative bei den Jobcentern und bei der Arbeitsvermittlung insgesamt zuzulassen und diese nicht mit irgendwelchen Pflichtleistungen zu strangulieren. Das ist der entscheidende Gedanke bei dieser Gesetzgebung.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)*

Alle Arbeitsagenturen begrüßen die Möglichkeit der Eigeninitiative, die damit zukünftig verbessert wird.

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)*

– Natürlich. – Darüber hinaus werden damit den Menschen mehr Chancen eröffnet.

In den vergangenen Jahren haben wir bereits eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik betrieben, auch in der Zeit der Großen Koalition; das möchte ich in keiner Weise in Abrede stellen. Mittlerweile ist ein signifikanter Rückgang der Dauerarbeitslosigkeit festzustellen; denn wir sind das Problem der Arbeitslosigkeit kontinuierlich angegangen.

Unter Rot-Grün gab es 5 Millionen Arbeitslose. Jetzt sind es 2,8 Millionen Arbeitslose. Gestern wurde gemeldet, dass der Monat September den neuesten Tiefpunkt bei der Arbeitslosigkeit in Deutschland bedeuten wird. Es wird 200 000 Arbeitslose weniger geben als vor einem Jahr im Monat September. Das zeigt sehr deutlich, dass der Arbeitsmarkt aufnahmefähig ist und dass es deshalb geboten ist, die Instrumente so einzusetzen, dass zunächst in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wird und nicht in irgendwelche Arbeitsgelegenheiten oder andere Formen der Eingliederung.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Beides ist wichtig!)*

Ziel dieses Gesetzes ist es, den ersten Arbeitsmarkt zu bedienen. Ich habe natürlich Verständnis für diejenigen, die sich als Leistungsanbieter von Eingliederungsmaßnahmen betätigt haben. Wichtiger aber ist es, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Dass dieser Arbeitsmarkt aufnahmefähig ist, möchte ich durch ein Beispiel aus meinem Heimatwahlkreis untermauern. Jüngst in der letzten Woche erschien dort eine Meldung von der Bundesagentur für Arbeit, dass derzeit 197 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Das bedeutet, dass es große Chancen für Jugendliche gibt. Sosehr ich die Leistungsfähigkeit von Jugendnetzwerken und sonstigen Einrichtungen schätze, weitaus entscheidender ist es, die jungen Menschen zuerst in eine Lehrstelle zu bringen. Nichts ist lehrreicher als die praktische Erfahrung im Betrieb, um damit ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Das ist der Sinn dieser Gesetzgebung.

Häufig wird kritisiert, es würden ständig nur finanzielle Kürzungen vorgenommen. Es ist aber ein Unterschied – Vorredner haben es bereits gesagt –, ob wir 5 Millionen Arbeitslose haben oder 3 Millionen oder unter 3 Millionen. Weil auch das oft bezweifelt wird, möchte ich darlegen: Im Jahr 2007 hatten wir im SGB-II-Rechtskreis 2,5 Millionen Arbeitslose zu vermelden. Im Jahr 2011 sind wir bei 2 Millionen angelangt. Das heißt, wir haben 500 000 Arbeitslose weniger. Im SGB-III-Rechtskreis hatten wir im Jahr 2007 1,25 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen, im Jahr 2010 waren es 900 000, und im Jahr 2011 – davon bin ich überzeugt – werden wir knapp 800 000 erreichen.

Das zeigt sehr deutlich: Auch wenn wir geringere Mittelsätze im Haushalt tätigen, steht trotzdem je Fall mehr Geld zur Verfügung. In dem Zusammenhang kann man hervorheben – es wurde bereits dargelegt –: Im Jahr 2007 wurden je Fall ungefähr 2 000 Euro aufgewandt; im laufenden Jahr werden es ungefähr 2 500 Euro je Fall sein. Wir werden unserer Verantwortung gegenüber den Arbeitslosen mitten in unserem Land gerecht und integrieren sie in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist zuvörderst unsere Aufgabe.

*(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)*

Deshalb ist es kleinlich, was die Opposition heute betrieben hat.

*(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

– Ja natürlich ist das alles kleinlich, was Sie dargelegt haben. – Sie haben selbst kein richtiges Konzept, außer nach immer mehr Geld und Finanzmitteln zu rufen, dann aber nicht bereit zu sein, den Arbeitslosen die Chancen, die der Arbeitsmarkt bietet, mit effizienter und effektiver Arbeitsvermittlung zu eröffnen. Das werden wir mit den neuen Instrumenten tun. Deshalb werbe ich für Zustimmung des ganzen Hauses. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die SPD spricht jetzt die Kollegin Angelika Krüger-Leißner.

*(Beifall bei der SPD)*

**Angelika Krüger-Leißner (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich bis jetzt in der Debatte gehört habe, könnte widersprüchlicher nicht sein. Es ist unglaublich. Wir alle reden zum gleichen Gesetz, auf Regierungsseite sehr euphorisch, mit viel Lob und vielen Versprechungen sowie viel Glauben daran, dass dieses Gesetz nun alles besser machen wird in der Arbeitsmarktpolitik.

*(Max Straubinger [CDU/CSU]: Natürlich macht es alles besser!)*

Die massive Kritik von der anderen Seite des Hauses, Herr Kolb, die hören Sie gar nicht. Die ignorieren Sie genauso wie die Frau Ministerin, die die Oppositionskritik und die Kritik auch der Verbände, der BA, der Gewerkschaften und des Deutschen Landkreistags permanent ignoriert. Eigentlich wundert mich das aber nicht.

Schon seit langer Zeit beobachte ich, dass Ihr Programm heißt: Große Ankündigung, Versprechungen, Schönreden, Sparen zulasten der Ärmsten und dann wider besseres Wissen Durchziehen mit der Kraft der Mehrheit der Stimmen dieses Hauses.

*(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die Zahlen sprechen doch für uns, Frau Krüger-Leißner!)*

Ich möchte eines klarstellen: Keiner von uns entzieht sich der Verpflichtung, auch Reformen der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zu machen. Nach den Evaluierungen erscheint es mir ohnehin notwendig, hier Verbesserungen zu erbringen. Auch die Veränderungen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt erfordern das. Ich frage Sie allerdings: Was ist eine Reform wert, die sich nicht den dringendsten Fragen dieser Zeit stellt? Dazu gehören folgende Fragen:

*(Florian Bernschneider [FDP]: Was ist mit der Weiterbildung, Frau Kollegin?)*

Wie gelingt es, die Verfestigung in der Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen? Wie begegnen wir dem zunehmenden Fachkräftemangel? Oder: Wie verhindern wir Dumpinglöhne im Niedriglohnbereich? Auf all diese Fragen sind in diesem Gesetzentwurf keine Antworten zu finden. Stattdessen höre ich von Ihnen, dass mit der Instrumentenreform alles viel einfacher, viel transparenter und viel effizienter werden soll. Es soll mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben. Sie reden sogar von neuen Perspektiven.

*(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die Botschaft ist angekommen!)*

Aber wo sind diese Perspektiven?

In der Anhörung haben selbst die Sachverständigen diese neuen Perspektiven nicht gesehen. Bei allem Gerede über Chancen für die Arbeitsuchenden und insbesondere für die Langzeitarbeitslosen ist eines gewiss: Mit diesem Gesetzentwurf wird alles viel schwieriger. Das gilt sowohl für die öffentliche Beschäftigung als auch für die Qualifizierung, die berufliche Weiterbildung, Umschulungen und die Chance, den Existenzgründungszuschuss zu bekommen. Das betrifft nicht nur einzelne Gruppen, sondern alle, quer durch die Bank.

*(Beifall bei der SPD)*

All das ist schon schlimm genug. Das Fatale an diesem Gesetzentwurf ist aber die Verknüpfung mit dem Sparhaushalt, den wir in der letzten Sitzungswoche zum ersten Mal beraten haben. Die Spielräume für die Jobcenter und die BA werden enger und enger. Auch die Gestaltungsspielräume sind nicht mehr gegeben. Das gilt insbesondere für die individuelle Beratung, für eine längerfristige Förderung und für zielgenaueres Handeln. Da geht den Jobcentern die Luft aus.

Sie haben den Schwerpunkt Ihrer Sparmaßnahmen genau im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik angesetzt. Allein die für das nächste Jahr geplanten Kürzungen in Höhe von 4 Milliarden Euro sind Beleg dafür, dass diese Reform, über die wir heute reden, nichts weiter als eine Makulatur ist. Auch die am Mittwoch vorgenommenen Änderungen ändern nichts an der Fehlausrichtung Ihres Gesetzentwurfs. Sie zeigen lediglich, dass das, was Sie eingebracht haben, ziemlich stümperhaft ist.

Liebe Ministerin, ich bin überzeugt, dass Sie sehr bald zu der Erkenntnis kommen werden, dass die Kürzungen im Bereich der öffentlichen Beschäftigung der schwerwiegendste Fehler sind. Das wird Ihnen auf die Füße fallen. Denn gerade in diesem Bereich brauchen wir intensive Aktivitäten und viele neue Anreize, um dem künftigen Fachkräftebedarf gerecht zu werden.

*(Beifall bei der SPD)*

Diese dringenden Investitionen in die Zukunft fehlen.

Stattdessen gibt es ganz kuriose Regelungen – anders kann man das nicht sagen, Herr Vogel –, mit denen Sie an erfolglosen Instrumenten festhalten. Aber es ist ja alles durchschaubar.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Angelika Krüger-Leißner (SPD):**

Danke, Herr Präsident. Auf der anderen Seite kürzen Sie die Mittel für Instrumente wie den Gründungszuschuss, für den es in diesem Land einen großen Bedarf gibt. Man kann nur sagen: ziemlich kopfloses Agieren, nicht weitsichtig und purer Lobbyismus.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Kommen Sie jetzt bitte wirklich zum Schluss.

**Angelika Krüger-Leißner (SPD):**

Diese Reform steht unter keinem guten Stern.

Danke.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Dr. Matthias Zimmer von der CDU/CSU Fraktion das Wort.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

**Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):**

Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Heilige Vater hat gestern im Plenum dieses Bundestages von dem „hörenden Herz“ gesprochen. Ich finde, das ist eine sehr schöne Metapher.

*(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das linke Herz hat keine Ohren!)*

Wenn ich mir das eine oder andere, was heute von der Opposition vorgetragen wird, anhöre, bekomme ich den Eindruck, Sie sind der Meinung, ein hörendes Herz bereits dann zu haben, wenn Sie spendierende Hosen anhaben. Das ist falsch.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ein hörendes Hirn wäre auch gut!)*

Dies ist in der Anhörung vor einigen Tagen sehr deutlich geworden. Dort hat die Kollegin Mast erklärt: Gerade dann, wenn die Arbeitslosigkeit abnimmt, müssen wir doch mehr Geld ausgeben. Demnach müssen wir mehr Geld ausgeben, wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, aber auch, wenn sie steigt. Da kann ich doch nur fragen: Können Sie mir eigentlich irgendeinen Zeitraum nennen, in dem wir weniger Geld ausgeben können? Oder führt ihr Modell dazu, dass für die Betreuung des letzten Arbeitslosen 8 Milliarden Euro und 15 000 Eingliederungsbeamte zur Verfügung stehen? Was Sie hier vorschlagen, kann doch eigentlich nicht Ihr Ernst sein.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Das erinnert mich ein wenig an die britische Kolonialverwaltung, die in der Zeit von 1935 bis 1957 ihr Personal verdreifacht hat, obwohl die Zahl der Kolonien stark abgenommen hat. Das muss eine sozialdemokratische Regierung gewesen sein.

*(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP –  
Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt etwas zum Inhalt! –  
Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ich finde Lorient übrigens viel witziger als Sie!)*

Meine Damen und Herren, ich will, weil das nicht erwähnt worden ist, auf einige Höhepunkte der Instrumentenreform eingehen; ich glaube, das ist wichtig. Wir haben nicht nur die Instrumente gestrafft, sondern haben auch – das finde ich besonders wichtig – die Mittel für die freie Förderung deutlich erhöht. Wir haben den Anteil der Eingliederungsmittel, den die Bundesagentur für die freie Förderung nach § 16 e und f SGB II aufwenden darf, auf insgesamt 20 Prozent aufgestockt. Das gibt den Vermittlern vor Ort erheblich mehr Flexibilität.

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber dadurch wird die Decke nicht größer!)*

Wir haben das Aufstockungs- und Umgehungsverbot herausgenommen.

Auch das trägt zu erheblich mehr Flexibilität bei. Wir haben bei den Arbeitsgelegenheiten – sie sollen wettbewerbsneutral ausgestaltet sein, zusätzlich geschaffen werden und im öffentlichen Interesse liegen – die Rolle der Beiräte gestärkt. Ich bin schon der Meinung, dass die Beiräte eine wichtige Funktion erfüllen können, wenn es darum geht, vor Ort zu entscheiden, welche Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können.

*(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen wir ja schon lange!)*

Wir haben die Senkung der Trägerpauschale auf maximal 150 Euro pro Teilnehmer vom Tisch bekommen. Die Maßnahmen werden, sofern sie wirtschaftlich effizient sind, nach wie vor gefördert; da gab es große Bedenken bei den Trägern.

Last, but not least – auch das ist mir wichtig; Kollegin Lösekrug-Möller hat es erwähnt –: Das Jugendwohnen ist wieder ins Gesetz aufgenommen worden. Verehrte Frau Kollegin, es war der Arbeitsminister Scholz, der es herausgenommen hat; wir haben es jetzt wieder hineingenommen. Ich finde das gut. Zudem haben wir eine pädagogische Betreuung installiert.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Ich finde, darauf kann man einmal stolz sein. Wir können sagen, wir haben hier eine gute Reform hinbekommen.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Das leider nicht!)*

Bei der einen oder anderen Wortmeldung, die ich hier höre, hatte ich ein wenig den Eindruck, dass die Kritik, die geübt wurde, weit über das Ziel hinausschießt. Frau Kollegin Pothmer, das betrifft vor allen Dingen die Kürzung des Gründungszuschusses.

*(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 83 Prozent!)*

Ich bin nicht der Meinung – es entspricht auch nicht der üblichen Diktion –, dass wir damit, wie Sie es formuliert haben, „die Drecksarbeit der Ablehnung nach unten verlagern“.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Doch, so ist es! –*

*Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie mal mit den Beamten vor Ort!  
Sie empfinden das genauso!)*

Ich finde, das ist starker Tobak. Ich glaube, die Beamten und Mitarbeiter vor Ort machen das sehr verantwortlich.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Frau Pothmer, es ist aber nicht verantwortlich, die Mitnahmeeffekte beim Gründungszuschuss zu leugnen. Sie könnten sonst auch gleich das Geld unter das Brandenburger Tor legen und sagen: „Nehmt es doch mit!“ So geht es nicht.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

Letzter Punkt: die private Arbeitsvermittlung. Ich finde es schon richtig, dass wir mit der privaten Arbeitsvermittlung einen Wettbewerber der Bundesagentur für Arbeit aufgestellt haben. Ich glaube auch, dass der Wettbewerb der Bundesagentur und den privaten Arbeitsvermittlern guttut. Eine Kollegin hat es bereits gesagt – ich schließe mich dem nur an –: Vielleicht sind wir eines Tages, am Ende unserer parlamentarischen Laufbahn, froh, auf einen guten, fähigen privaten Arbeitsvermittler zu treffen, der uns in einer Notlage weiterhelfen kann.

*(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Für die Kollegen der FDP!)*

Abschließend sage ich: Es ist ein gutes Gesetz, das den Notwendigkeiten am Arbeitsmarkt Rechnung trägt.

Ich empfehle Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

### **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Tagesordnungspunkt 30 a. Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe „a“ seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7065, den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 17/6277 und 17/6853 – in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um ihr Handzeichen.

– Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

### **Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Abstimmungsverhältnis angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 b. Wir setzen die Abstimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/7065 fort. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6454 mit dem Titel „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Unter Buchstabe c empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/5526 mit dem Titel „Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig finanzieren“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/6319 mit dem Titel „Arbeitsmarktpolitik – In Beschäftigung und Perspektiven investieren statt Chancen kürzen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

– Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.